



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 31. Oktober 2017
(OR. en)

13812/17

AGRI 585
AGRIORG 107
WTO 260

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Rat

Betr.: Non-Paper über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen
– Informationen der französischen Delegation

Die Delegationen erhalten in der Anlage ein Non-Paper der französischen Delegation zu dem oben genannten Thema, das dem Rat (Landwirtschaft und Fischerei) auf seiner Tagung am 6. November 2017 vorgelegt werden soll.

Non-Paper über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Die Europäische Union hat im Juli einen gemeinsamen Vorschlag mit Brasilien (der bislang von Kolumbien, Peru und Uruguay offiziell unterstützt wird) über interne Stützungen im Hinblick auf die 11. Ministerkonferenz der WTO im Dezember vorgelegt. Ziel ist es, die derzeit verfügbaren handelsverzerrenden Subventionen in einer für alle Mitglieder annehmbaren Weise zu verringern.

Frankreich, Griechenland, Irland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und Ungarn möchten auf die Zusagen hinweisen, die die Kommission gegenüber den Mitgliedstaaten in der Sitzung des Ausschusses für Handelspolitik vom 14. Juli gemacht hat. Es werden keine Verpflichtungen eingegangen, die eine Änderung der derzeitigen GAP erfordern würden oder die den internen Erörterungen über die GAP für die Zeit nach 2020 vorgreifen könnten, d. h. es wird die Möglichkeit offen gelassen, alle Arten von internen Stützungsinstrumenten zu verwenden, einschließlich aller Instrumente der "Blue Box". Die Kommission hat ausdrücklich zugesichert, dass sie weder Vorschläge für eine Obergrenze der "Green Box" oder von produktspezifischen Stützungen noch Verpflichtungen annehmen wird, die Änderungen der derzeitigen Ausgaben-niveaus für Baumwolle erfordern würden, dass sie die "Blue Box" deutlich vorteilhafter behandeln wird als die "Amber Box" und dass sie für vergleichbare Zusagen anderer WTO-Mitglieder sorgen wird, um zu vermeiden, dass die EU einseitige Zugeständnisse macht.

Folglich bekräftigen Frankreich, Griechenland, Irland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und Ungarn, dass der gemeinsame Vorschlag der EU und Brasiliens ein anzustrebendes Ziel für die Verhandlungen darstellt, egal ob dieses Ergebnis in Form eines Beschlusses in Buenos Aires oder in Form eines Arbeitsprogramms über interne Stützungen erreicht wird. Sollte ein solches Arbeitsprogramm darüber hinaus Agrarfragen umfassen, die über die interne Stützung hinausgehen (wie etwa besondere Schutzmechanismen oder Marktzugang), fordern die oben genannten Mitgliedstaaten, dass die Strategie und die Position der EU zu internen Stützungen dahin gehend überarbeitet wird, dass sichergestellt ist, dass dieses landwirtschaftliche Arbeitsprogramm der EU ausreichend Spielraum für den Ausgleich ihrer offensiven und defensiven Interessen und für die Gestaltung der künftigen GAP lässt.

Frankreich, Griechenland, Irland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und Ungarn möchten ferner auf die Zusage der Kommission hinweisen, empfindliche landwirtschaftliche Sektoren in bilateralen und multilateralen Verhandlungen zu verteidigen und gleichzeitig unsere offensiven Interessen zu fördern.

Schließlich unterstreichen Frankreich, Griechenland, Irland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und Ungarn, dass ein transparenter und regelmäßiger Austausch mit dem Rat von entscheidender Bedeutung für eine loyale Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten ist.
